

Frau Maria Musterfrau, MdL  
Wahlkreisbüro Hauptstraße 1  
70XXX Stuttgart

Musterhausen, den 20.2.2017

Sehr geehrte Frau Musterfrau,

ich bin entsetzt darüber, dass die baden-württembergische Regierung an den Abschiebungen afghanischer Flüchtlinge im Gegensatz zu anderen Bundesländern festhalten will. Wir sehen darin einen massiven Verstoß gegen humanitäre Grundsätze und bestehende Gesetze. Nach § 60 Aufenthaltsgesetz Abs.1 Satz 1 darf ein Ausländer nicht in einen Staat abgeschoben werden, „in dem sein Leben oder seine Freiheit (...) bedroht ist.“

Wir können täglich von der unsicheren und gefährlichen und teilweise mörderischen Lebenssituation der afghanischen Bevölkerung lesen und hören.

Sicherlich ist ihnen die Einschätzung des UNHCR bekannt

(<https://www.proasyl.de/wp-content/uploads/2015/12/2017-Bericht-UNHCR-Afghanistan.pdf>), wonach das gesamte afghanische Staatsgebiet von einem innerstaatlichen bewaffneten Konflikt im Sinne des Flüchtlingsrechts betroffen ist.

Die aktuellen Nachrichten fasst Pro Asyl am 7.2.2017 auf dieser Seite zusammen: <https://www.proasyl.de/news/mehr-zivile-opfer-mehr-vertriebene-afghanistan-wird-immer-unsicherer/>

Die Süddeutsche Zeitung berichtete, dass ein am 23. Januar abgeschobener Afghane bei einem Anschlag in Kabul verletzt wurde. (<http://fluechtlingsrat-bw.de/>)

Ich appelliere an Sie als Landtagsabgeordnete, sich unbedingt gegen Abschiebungen nach Afghanistan zu positionieren!

Mit freundlichen Grüßen